52. Jahrgang. № 198. Sonntag, 19. Juli 1908.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

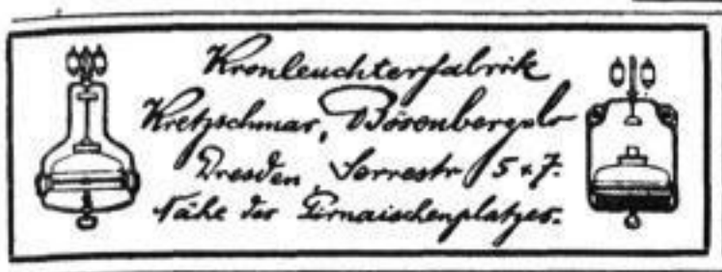
Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2 50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gewährten Abend-Ausgaben erhalten bis auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen geliefert. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 60 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Chocoladen, Cacaos Desserts.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.



Kunst-Salon von Emil Richter
Prager Strasse Prager Strasse
Hochzeits-Geschenke
Geschmackvoll. • Künstlerisch. • Preiswert.

Steckenpferd: Lilienmilch-Seife erzeugt rosiges, jugendfrisches Aussehen, weisse sammetweiche Haut und blendend schönen Teint à Stück 50 Pf. überall zu haben.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Warm, veränderlich.

Das Sächsische Finanzministerium hat eine neue Submissionsordnung für Staatsbauten aufgestellt.

Zum Jubiläums-Rektor der Universität Leipzig ist Geh. Rat Professor Dr. Binding gewählt worden.

Verschiedene Landesverbände des Deutschen Flottenvereins haben Kundgebungen erlassen, wonach sie am alten Kurs festhalten wollen.

Fürst Eulenburg befindet sich zeitweise in einem ohnmachtsähnlichen Zustand.

Der Astronom Dr. Ristenpart-Berlin hat einen Ruf als Direktor der Sternwarte in Santiago de Chile angenommen.

Als Sitz des zu errichtenden Alpinen Museums wurde München bestimmt.

Der neue japanische Premierminister erklärte seine Politik für eine friedliche.

Die bewaffnete Revolution in Täbris ist niedergeworfen.

Rußland und die Duma.

Das Taurische Palais, in dem die Duma ihre Sitzungen abhält, hat diesmal am Schluß der Tagung keine Absperrungen, Truppenaufgebote, Verhaftungen und sonstige Gewaltmaßregeln gesehen. Friedlich und unbehelligt sind die Abgeordneten auseinandergegangen, um sich am 8. Oktober wieder zusammenzufinden. Der Unterschied gegenüber den äußeren Umständen, die den Schluß der ersten und der zweiten Duma begleiteten, springt in die Augen. Die beiden ersten Versuche, an der Gesetzgebung und Verwaltung des Landes eine Volksvertretung teilnehmen zu lassen, waren auf der Grundlage eines allzu radikalen Wahlrechts erfolgt und stießen zu unvermittelt mit den Anschauungen und Gewohnheiten des autokratischen und des bureaukratischen Systems zusammen, als daß sie zu einem befriedigenden Ergebnis hätten führen können. Es bedurfte einer Reform des Wahlrechts und einer besseren Einsicht, eines größeren Entgegenkommens auf beiden Seiten, um der dritten Duma zuverlässigere Existenzbedingungen zu schaffen.

Der dritte Versuch ist im großen und ganzen geglückt. Die Duma ist zwar auch jetzt noch in ernstlichen und eigentlich ununterbrochenen Konflikten mit der Regierung und der Ersten Kammer geblieben, aber sie hat doch, trotz unendlicher Redefluten, die nun einmal unvermeidlich schienen, sachlich gearbeitet, hat sich, entgegen allen Zweifeln, in ihrer Stellung behauptet und dadurch den Beweis geliefert, daß auch in Rußland für eine parlamentarische Körperschaft Platz ist, die auf eigenen Füßen stehen und zwischen den naturgemäß widerstrebenden Verhältnissen der alten und der neuen Zeit einen Ausgleich herbeiführen will. Es kann fraglich erscheinen, ob es bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Zweiten Kammer, die durch ein abgestuftes Wahlrecht bedingt ist, in Zukunft sein Bewenden haben wird. Unbedingt notwendig aber ist das Dasein einer russischen Volksvertretung. Nicht bloß um der revolutionären Gefahren willen, die eine Regierung heraufbeschwören würde, die unter Beseitigung des parlamentarischen Systems die Wiederherstellung der früheren Zustände anstreben wollte; auch im Interesse seiner internationalen Beziehungen und in Rücksicht auf seine auswärtige Politik, die eben lebhaftere Zeichen eines wiederkehrenden Betätigungsdranges gibt, könnte das russische Reich einer wie immer gearteten Volksvertretung nicht mehr entraten. Die für Rußland politisch und finanziell so bedeutungsvolle Annäherung der parlamentarisch regierten englischen Nation ist durch den Umstand, daß Rußland Verfassungsstaat geworden und durch den Uebergang zu konstitutionellen Einrichtungen, mögen sie noch so bescheiden und verbesserungsbedürftig sein, in die Reihe der modernen Staaten eingerückt ist, zweifellos sehr erheblich erleichtert worden. Und wenn, wie zu erwarten sein dürfte, die russische Regierung sich genötigt sehen wird, für die Durchführung ihres Programms, sei es auf militärischem oder auf sozialpolitischem Gebiete, die finanzielle Hilfe des Auslandes in Anspruch zu nehmen, wird es ihr nicht gleichgültig sein, ob sie sich bei ihren Wünschen und Abmachungen auf die zustimmende und erhöhte Bürgschaft gewährende Haltung einer in ihren Entschließungen freien Volksvertretung berufen kann oder nicht.

Selbstverständlich ist die Duma nicht ohne Widerspruch und Anfeindung ein unveräußerlicher Faktor des politischen Lebens in Rußland geworden. Es wäre geradezu unnatürlich, wenn diejenigen Kreise, die so lange gewohnt waren, die große Masse der Bevölkerung, Gesetz und Recht, die öffentlichen Einrichtungen als Objekte ihres souveränen Willens zu betrachten, die selbst den kaiserlichen Hof ihrem Einfluß unterzuordnen verstanden, die neue Ordnung der Dinge ohne Widerstand hinnähmen. Daß das nicht der Fall ist, weiß niemand besser als der Ministerpräsident Stolypin. Am Hofe und im Reichsrat ist eine Partei an der Arbeit, die sich die Beseitigung des Ministerpräsidenten und die Herbeiführung einer reaktionären Aera zur Aufgabe gemacht hat. Im Reichsrat ist der Führer dieser Bewegung Peter Durnowo, der selbst auf den Posten des Premiers Anspruch erhebt, und er hat, abgesehen von den ihm völlig ergebenen bureaukratischen Kreisen, einen zuverlässigen und machtvollen Bundesgenossen in der Person des Finanzministers Kokowzow, der ebenso sehr ein Gegner wie Stolypin ein Freund der Duma ist und augenscheinlich darauf ausgeht, die Pläne der beiden letzteren zu durchkreuzen. Ein Vorstoß nach dieser Richtung ist bereits erfolgt. Ueber verschiedene Punkte des Budgets waren Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsrat und Duma entstanden. Die Verfassung bestimmt in solchem Falle, daß die Haushaltsvorlage der Einigungskommission zu überweisen ist. Als auch in diesem Stadium der Verhandlungen eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, trat der Finanzminister mit einer Drohung hervor, die deutlich erkennen ließ, wie gering er das Budgetrecht der beiden Kammern einschätzte und wie gern er der Duma diese Nichtachtung offen gezeigt hätte. Er erklärte nämlich, er werde, wenn eine Einigung nicht zustande kommen, zur Feststellung des Budgets sich an den Zaren selbst wenden. Das war ein reaktionärer Angriff in bester Form, und beide Häuser des Parlaments beeilten sich, einen Ausweg zu finden, indem sie, jedes für sich, ein besonderes Budget aufstellten und, mit dem Gutachten des Finanzministers versehen, dem Kaiser vorlegen ließen, diesem anheimgebend, das eine oder das andere Budget zu genehmigen. In diesem Falle ist der Versuch, die Machtbefugnisse der Duma zu beschneiden und ihr den Stempel der Schwäche und furchtsamen Fügsamkeit aufzudrücken, an dem Einvernehmen der beiden Kammern zu schanden geworden.

Der Ausgang eines Vorspiels beweist aber noch nichts für das Ergebnis der ganzen Handlung. Weit ernstere Probleme drängen zur Entscheidung und drohen, neue Konflikte zwischen Regierung und Volksvertretung herbeizuführen. Mit kluger Zurückhaltung hat die Mehrheit jedes nähere Eingehen auf die Agrarfrage vermieden, an deren Lösung doch ganz wesentlich das Wohl und Wehe des Landes hängt und mit der auch das neueste Manifest des Grafen Leo Tolstoi, im Sinne der Aufhebung des privaten Landeigentums, sich beschäftigt. Diese und andere entscheidenden Reformen tragen so viel Zündstoff in sich, daß es geboten erschien, bis zu ihrer Inangriffnahme die Beruhigung im Lande noch weiter fortschreiten zu lassen. Sicher ist jedenfalls, daß erst mit den Debatten über die Landpolitik die eigentlichen Kämpfe zwischen Duma und Regierung einerseits und Duma und Reichsrat anderseits einsetzen werden. Von ihrem Ausgange hängt mehr ab als die Zukunft des parlamentarischen Systems in Rußland. Es handelt sich um Ergänzung der nationalen Kulturarbeit, die dem Volksaufklärungsministerium obliegt, nach der wirtschaftlichen Seite hin. Es gilt, für eine Bevölkerung von weit über 100 Millionen bessere Lebens- und Erwerbsbedingungen zu schaffen. Die Zukunft des ganzen gewaltigen Reiches, das nur genesen kann, wenn die Ursachen der gegenwärtigen Mißwirtschaft und Unzufriedenheit mit der Wurzel ausgerottet werden, steht dabei auf dem Spiele.

Darf man zu der dritten Duma das Vertrauen haben, daß sie zur Durchführung dieser verantwortungsvollen Aufgabe Entschlossenheit und Selbstzucht genug besitzt? Die Aussichten dazu erscheinen nicht ungünstig. Die Duma darf das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß durch ihre besonnene Haltung die revolutionären Parteien einen beträchtlichen Teil ihres einstigen Ansehens und ihrer früheren Zugkraft verloren haben. Mit der faszinierenden Wirkung der Phrase, daß das einzige Heil für Rußland auf dem Wege gewaltsamen Umsturzes gefunden werden könne, ist es vorbei. Dank der vernünftigen, das Mögliche abwägenden und das Erreichbare anstrebenden Taktik der Duma-Mehrheit beginnt das Vertrauen sich einzustellen, daß das Nötige auch ohne gewaltsame Umwälzungen geschehen kann. Die Duma hat den Beweis geliefert, daß sie positive Arbeit leisten kann und für den Ernst der ihr zugewiesenen Aufgaben volles Verständnis hat. An der Regierung wird es nun sein, die reaktionären Machenschaften zu verhindern, die einer einseitigen Interessenpolitik auf Kosten der Allgemeinheit Dienste leisten sollen, und ihrerseits der Volksvertretung, die verfassungsgemäß den Willen der Nation verkörpert, nach Kräften entgegenzukommen. Dann ist auch die Möglichkeit gegeben, daß das große agrarische Reformwerk zu glücklichem Abschluß gebracht wird.

Neueste Drahtmeldungen vom 18. Juli.

Die neue Strafprozeßordnung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die dem Bundesrate nunmehr unterbreiteten Gesetzentwürfe für die Strafprozeß-Reform enthalten die Berufung gegen die Erkenntnis der Strafkammern und die Organisation der Jugendgerichte, die Einführung des Laienelementes als Richter auch in die Strafkammern und eine Verbesserung des Vorverfahrens im Interesse der Beschleunigung der Sache und der Sicherung der Angeklagten. Die Reformen für den Strafvollzug bleiben vorläufig zurückgestellt, da man erst Erfahrungen über die Wirkung der allgemeinen Reform sammeln will.

Zum Eulenburg-Prozeß.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Zustand des Fürsten Eulenburg hat sich infolge der überstandenen Aufregungen wesentlich verschlechtert. Der Fürst befindet sich zeitweise in einem ohnmachtsähnlichen Zustand. Es besteht jedoch gegenwärtig keine unmittelbare Lebensgefahr.

Paris. (Priv.-Tel.) „Figaro" schreibt: „Sie haben nicht den Mut gehabt, den Prozeß Eulenburg fortzusetzen. Es war Zeit. Nie hat man an einem Mörder oder an dem gefährlichsten Apachen derartige Grausamkeiten geübt, da man sogar das Krankenhaus in einen Gerichtshof verwandelte, um dem in seinem Bett vor den Richter geschleiften Sterbenden keine Folter zu ersparen. Die Anklage ist nur ein Vorwand des Prozesses, wenn man schmutzige Verhandlungen ausgrub, die vor mehr als 30 Jahren begangen sein sollen. So ist es, weil Eulenburg die Politik der Gönner des Anklägers störte. Seit man die Marokko-Frage geschickt fingierte, um einen Zusammenstoß zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen, durchkreuzte der friedensfreundliche Einfluß Eulenburgs und seiner Freunde auf den Kaiser die herausfordernden kriegerischen Pläne der Personen, bei denen der Ankläger sich seine Losungsworte holte. Daher dieser geschickte Feldzug von Beschuldigungen und Prozessen, in die man sogar unseren Botschaftsrat Le Comte einzubeziehen suchte in der Hoffnung, uns sicherer zu treffen. Das Komplott ist wunderbar eingefädelt worden: Indem man Eulenburg an seiner Ehre angriff, richtete man ihn in der Freundschaft des Kaisers zugrunde und zerstörte seinen Plan der Versöhnung mit Frankreich. Das Ziel ist erreicht!"

Deutsch-Oesterreichischer Alpenverein.

München. In München, dessen Ausstellung bereits zahlreiche Kongresse herbeigezogen hat, ist jetzt auch der Deutsch-Oesterreichische Alpenverein zu seiner 39. Generalversammlung zusammengetreten. Die Verhandlungen finden unter dem Vorsitz des Kommerzienrats v. Pfister (München) im Rathaussaale statt. Von den wichtigen Beratungsgegenständen soll vor allem die Frage der Errichtung eines alpinen Museums, um das sich die Städte München und Innsbruck bereits seit mehreren Jahren bewerben, möglichst zum Abschluß gebracht werden. Die Sektion Breslau hat ferner den Antrag gestellt, alljährlich eine bestimmte Summe, vielleicht 10 000 Mk., aus den Mitteln des Zentral-Ausschusses zu Hochgebirgsforschungen in außereuropäischen Gebieten zu bewilligen. Prinzipielle Bedeutung hat ein Antrag des Zentral-Ausschusses, der dem Grundparagraphen folgende Fassung geben will: Zweck des Vereins ist, die Kenntnis der Alpen zu erweitern und zu verbreiten, sowie ihre Bereisung zu erleichtern. — Falls dieser Paragraph angenommen werden sollte, betritt der Alpenverein damit neue Bahnen, indem er seine Tätigkeit nicht nur auf Deutschland und Oesterreich beschränkt, sondern auch auf die anderen Alpenteile ausdehnt. Die neuen Satzungen sollen am 1. Januar 1910 in Kraft treten. Nach dem Kassenbericht für das Jahr 1907 belaufen sich die ordentlichen Einnahmen auf rund 503 000 Mk., denen 494 000 Mk. Ausgaben gegenüberstehen, so daß ein Ueberschuß von etwa 9000 Mk. vorhanden ist. Die Mitglieder brachten durch Beiträge etwa 467 000 Mk. auf. Für Wege- und Hüttenbauten wurden 155 000 Mk. verwendet. Die Vermögensrechnung balanciert mit rund 210 000 Mk. Nach dem Voranschlag für 1909 sind an Einnahmen und Ausgaben 542 000 Mark vorgesehen. Für Wege- und Hüttenbauten sollen 170 300 Mk. im nächsten Jahre ausgegeben werden. Für Vorarbeiten zum Alpinen Museum werden 2600 Mk. eingestellt. Die Tagung hat bereits mit einer Vorbesprechung zur Generalversammlung, in der alle schwebenden Fragen gestreift wurden, ihren Anfang genommen.

München. (Priv.-Tel.) In der Generalversammlung des Deutsch-Oesterreichischen Alpenvereins wurde heute mit großer Majorität München als Sitz des zu errichtenden Alpinen Museums bestimmt.

Die Reise des Präsidenten Fallières.

Paris. (Priv.-Tel.) Der heute angetretenen Reise des Präsidenten Fallières nach den nordischen Häfen widmet die politische Presse Kommentare, die sich